

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Zensurgemäß bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich 20 Pfg., monatlich 6 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; durch unsere Auslieferung monatlich 30 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; bei den deutschen Postämtern vierteljährlich 2,40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Die Postämter, Postboten sowie unsere Auslieferung und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle schwerer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Einwirkungen der Zeitungen, der Lesenden oder der Zeitungsveranstaltungen — hat der Drucker seinen Nachdruck auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitungen ohne auf Nachzahlung des Druckpreises. Dieser hat bei der Lieferung in den oben genannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in betrüblichem Zustande oder nicht erscheint. / Druck- und Verlagsort: Wilsdruff, Nr. 277. / Druckerei: Wilsdruff, Nr. 277. / Vertrieb: Wilsdruff, Nr. 277.

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgewalt

und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 277.

Donnerstag den 28. November 1918.

77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der vierten Seite.

Der Stand unseres Rückmarsches.

Bange Frage.

Ein Berliner Mitarbeiter schreibt uns: In dem demütigen Kongressaal, in dem Bismarcks Welt eine ganze widerstrebende Welt zur Verständigung zwang, saßen sie beisammen die neuen Vertreter der deutschen Regierung, die Kinder der Revolution, um Bilanz aufzunehmen von den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen des Umsturzes aller Dinge. Was sie zu hören bekamen klang trostlos über alle Mahen. Schwierigkeiten über Schwierigkeiten auf allen Gebieten, im Innern und nach außen, und alle Köpfe, alle Arme wollten nicht ausweichen, um auch nur das Dringende in Ordnung zu halten oder weiterem Verfall vorzubeugen. Wird nun bei dieser Lage der Dinge die Liebe zum Ganzen groß genug sein, um nicht selbsttätige Regungen der Einzelteile aufkommen zu lassen? Wenn es sich wirklich nur darum handelte, das bisher oder jener kleine Bundesstaat in einen Nachbarnstaat aufzugeben, sich mit ihm zu einer Einheit verschmelzen und danach mit unverminderter Reichstreue zum Ganzen zurückzukehren — dagegen wäre natürlich gar nichts weiter einzumenden. Aber einmal liegen im Süden offenbar ganz andere Absichten vor. Die Lösung „Los von Berlin“ wird dort schon seit deutlicher ausgegeben, und namentlich scheint der Ministerpräsident des Volksstaates Bayern, Herr Kurt Eisner, es sich in den Kopf gesetzt zu haben, mit den Berliner nicht viel Federlesens zu machen. Das mindeste, was er will, ist die Befreiung Breußens als führenden Bundesstaates im Reich. Deshalb hat er sich, kaum das seine Republik in München aufgerichtet war, sofort mit einer Rundgebung an die feindlichen Regierungen gewandt; deshalb liebäugelt er mit den Deutsch-Ostreichern mehr, als die gute Sache es zu rechtfertigen scheint. Dieser Mann weiß wohl, was er will; aber das seine Absichten zur Wiederaufrichtung des Reiches beitragen könnten, das will uns sehr zweifelhaft erscheinen. Noch schlimmer vielleicht sind die Absichtungen, denen Breußen an sich ausgesetzt erscheint. Nicht nur das seine Ostprovinzen unmittelbar bedroht sind, auch im Westen sieht es übel genug aus. Das Saargebiet mit seinen reichen Kohlenkäufen haben sich die Franzosen entgegen dem Waffenstillstandsvertrage glattweg angeeignet; sie fragen eben noch nichts und nach niemand mehr, sondern tun, was ihnen beliebt. Aber die ganze schöne Rheinprovinz geht einer höchst ungewissen Zukunft entgegen, und schon ist der Gedanke aufgetaucht, ob man nicht am besten tue, sein Schicksal von Breußen zu trennen, sich als Republik aufzumachen und entweder allein oder unter Anlehnung an die Süddeutschen eine westliche Orientierung zu nehmen — wer weiß, wozu das alles gut sein könnte? Und auch im Norden, an der Wasserfront, sind neue Staatsbildungen aufgetaucht, die einfach von preussischem Land und Gut sich angliedern, was ihnen möglich erscheint, ohne deswegen in Berlin auch nur ein Wort zu verlieren. Und mit Nord-schweden, das schon ganz ungeniert mit der dänischen Regierung in Verbindung getreten ist, schlief sich der Ring. Kann es, wenn alle diese Pläne verwirklicht werden, dann noch schwerer fallen, das Schwergewicht des Reiches — wenn wir überhaupt noch ein Reich behalten oder wiederbekommen — von Berlin lösen wir einmal nach München oder, wenn Bayern sich überhaupt anders entscheidet, nach Frankfurt am Main zu verlegen? Und wo soll überhaupt die Macht herkommen, die es verhindern könnte, wenn Herr Eisner, wie er es einem englischen Bericht-erstatte gegenüber ankündigte, aus Breußen drei Einzel-republiken zurechtschneiden ließe? Und kann man den Regierungsvertretern der Einzelstaaten, die jetzt in Berlin verammelt waren, überhaupt den guten Willen zutrauen, sich zu bescheiden, damit das Ganze, das Reich, das teure Erbe unserer Väter nicht völlig in die Brüche geht? Kann man es angesichts der Tatsache, daß z. B. das typische Land, wohl das kleinste Teilgebiet, das wir in Deutschland haben, nicht weniger als drei Vertreter zu dieser Reichskonferenz entsandt hätte? Wer will, wer kann sich die Kraft zutrauen, wieder zusammenzuleimen, was der Novembersturm aus den Fugen gebracht hat?

Zum dritten Male also: was wird aus unserem Reich und was wird aus dem deutschen Volke?

Für Reichseinheit und Nationalversammlung.

Die Beschlüsse der Reichskonferenz.

Berlin, 28. November.

Spät abends wurden gestern die Beratungen der im Reichskanzler-Palais zusammengetretenen Vertreter der deutschen Einzelstaaten beendet. Auf Vorschlag des Volksbeauftragten Ebert wurden zum Schluß folgende Leitätze als Ergebnis der Verhandlungen angenommen:

1. Die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands ist ein dringendes Gebot. Alle deutschen Stämme stehen geschlossen zur deutschen Republik. Sie verpflichten sich, entschieden im Sinne der Reichseinheit zu wirken und separatistische Bestrebungen zu bekämpfen.
 2. Der Vorschlag einer konstituierenden Nationalversammlung wird allgemein zugestimmt, ebenso der Wunsch der Reichsleitung, die Vorbereitungen zur Nationalversammlung möglichst bald durchzuführen.
 3. Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung sind die Räte die Repräsentanten des Volkswillens.
 4. Die Reichsleitung wird ersucht, auf die schnelle Herbeiführung eines Präliminarfriedens hinzuwirken.
- Die Nachmittags-Sitzung verlief im Gegensatz zur Versammlung, in der die Geister stark aufeinander gestossen waren, in ruhigerem Rahmen. Die Rednungen und Ausführungen verschiedener Redner in der wirtschaftlichen Aussprache machten erheblichen Eindruck. Der Staatssekretär des Ernährungsamtes Wurm legte die Schwierigkeiten der Ernährung dar. Staatssekretär Schiffer vom Reichsfinanzamt hob die Wichtigkeit geestigter staatsrechtlicher Verhältnisse für die Finanzwirtschaft hervor. Staatssekretär Dr. August Müller vom Reichswirtschaftsamt warnte dringend vor jedem Eingriff in unser Kreditwesen, da unbedingt finanzieller Zusammenbruch folgen werde.

Kein Eingriff in Finanz- und Kreditwesen.

Die Ausführungen dieser Redner überzeugten die Versammlung von der Notwendigkeit, alle etwa aufleuchtenden zerschlagenden Reigungen in dieser Richtung zurückzudämmen. Folgende Resolution gelangte zur Annahme:

Um das wirtschaftliche Leben Deutschlands aufrechtzuerhalten, die ungehörte Verlorung des Landes mit Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Ausland zu sichern und die deutsche Volkswirtschaft im In- und Ausland kreditfähig zu erhalten, ist das Fortarbeiten aller Banken, Sparkassen und sonstigen Kreditinstitute auf der bisherigen Grundlage und auch in den bisherigen Formen unbedingt erforderlich. In Übereinstimmung mit den Vertretern der deutschen Einzelstaaten erklärt daher die deutsche Reichsregierung, daß jeder Eingriff in die geschäftliche Tätigkeit der Kreditinstitute zu unterbleiben hat.

Dieser Beschluß kommt zur rechten Zeit, denn seit dem ersten Tage der Umwälzung turlierten gerade in dieser Beziehung die hartnäckigsten und tatsächlich beunruhigendsten Gerüchte, denen nun der Boden abgegraben ist.

Aus den Verhandlungen.

Stemlich schon hob sich aus der Fülle der Diskussionsreden auf der Konferenz die Version des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner hervor. Sein Angriff auf die Männer aus früheren Zeiten, auf Solz, Erberger usw. wurde von Volksgaang ohne zurückgewiesen, der betonte, die Entente sei gegen das deutsche Volk, nicht gegen einen einzelnen Unterhändler. Eisner erklärte, Clemenceau hat erst recht erklärt, die unbrüderlichen Waffenstillstandsbedingungen hätten nicht dem deutschen Volk, sondern Wilhelm II. Der Kaiser sei gegangen, ihm müßten alle die kompromittierten Männer nach Holland folgen, wenn sie nicht wegen Landes- und Volkswerrats angeklagt werden sollten. Solz, Erberger und Hresgleichen seien für alle Zeiten erledigt. Im übrigen ist der bayerische Ministerpräsident für eine demokratische und soziale Politik der Räteregierung. Außerdem schlägt er die Einlösung eines

Provisorischen Präsidiums an Stelle des Bundesrats

vor, das alle Verhandlungen mit der Entente führt. Nur auf Grund dieser seiner Vorschläge könnten die Abhängigkeitsverhältnisse unterdrückt werden, die es bekämpfte, die aber in Bayern härter als je wären. Staatssekretär Erberger führte in seiner Erwiderung auf die Angriffe Eisners aus, es müsse diesem bekannt sein, daß er, Erberger, so lange wie möglich für den Frieden gewirkt. Die Behauptung, jede für den Frieden hinderliche Verständigung müsse befeitigt werden, passe ebensogut auf Eisner, der sich auf Clemenceau berufe und nicht wisse, daß dessen Freundschaft Herr Eisner nicht als Sozialist, sondern Herr Eisner als Verdrücker der deutschen Einheit gelte. Mit politischen Ratweibern macht man keinen Weltfrieden.

Der Vertreter Gothas Gietner findet die Verteidigung keines erklärlich, das Erbergers Sünden auch keines Sünden seien. Er sieht das Programm in der Frage: Ist uns der Frieden lieber als der Sozialismus? Wir müssen für Sozialisierung sein, selbst dann, wenn wir uns dadurch eine feindliche Belegung zuziehen. Uns steht das Volk über dem so genannten Vaterland und dem Volk kann nur der Sozialismus helfen. Livinski-Sachen legt scharfe Verwahrung ein gegen die Zurückstellung der Sozialisierung, ebenso gegen eine etwa geplante Einschränkung der Befugnisse der Räte. Die Nationalversammlung könne ruhig noch verlagert werden, bis die Vorbedingungen für sie geschaffen seien. Volksbeauftragter im Auswärtigen Amt Rautsky unterstützt Eisners Forderung einer Regierung, die vom Wehrheitswillen

Interessenspektr. Pfg. für die eigentliche Korporation oder deren Stamm, Lotteripreis Pfg. Namen Pfg., alle mit 1/2 Zensurgebühr, Beitrag und lobenswerter Satz mit 50% Beitrag. Bei Wiederholung und Jahresumlauf entsprechender Beiträge. Zusammengehören im amtlichen Teil nur von Bescheid die Spalte in Pfg. des. Pfg. / Hochzeits- und Sterbungsbeiträge 20 bis 30 Pfg. / Zehntelweise Jahresbeiträge (Kasse) jedes Jahresbeiträge aus. / Angehörigen bis 11 Uhr vermittelt. / Beitraggebühr des Landes 6 Mk. / In die Postkasse zu bringen. / Für die Erhebung der Anlagen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Seite 1200/1201 23. / Beiträge ohne Abzug. / Die Abzüge und Beiträge haben nur bei Zahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit. / Die geistliche Eintragung, gemeinsame Ausgaben verb. / Inzestverbot. Die Berechnung des Beitrags-Zehntel. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungswillig vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerhalb 30 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

getragen sei und keine kompromittierten Männer enthalte. Die Friedensbedingungen würden nicht so hart sein wie die Waffenstillstandsbedingungen. Er behaupte, daß die noch nicht festgenommen seien, die durch die eben veröffentlichten

bayerischen Berichte

so schwer kompromittiert seien. Das würde dem Frieden wahrhaft dienen. Ulrich-Dessen sagt, das Reich muß bleiben, aber die Berliner Diktatur muß fallen. Man wolle nicht los von Berlin, verlange aber gemeinsames Arbeiten. Der Volksbeauftragte Barth erklärte die Nationalversammlung für notwendig, ebenso viele andere Vertreter. Eisner warnt vor der Durchführung des Sozialismus im Augenblick der Zerrüttung.

Scheidemann spricht entschieden für die Nationalversammlung und tritt ferner der Ansicht Eisners bei, daß man im Augenblick der Zerrüttung nicht sozialisieren könne, wendet sich gegen ein Klassenparlament, wie es die Arbeiter- und Soldatenräte auf die Dauer wären, und nennt die technischen Schwierigkeiten der Nationalversammlung lächerliche Zwisch-

Statt Wählerlisten könnten einfache Legitimationen für jeden Wähler dienen. Wir brauchen keine Wählerlisten, nur Legitimationen für jeden Wähler, die nach der Wahl abgestempelt würden, und für jede Partei eine Wählerliste für das ganze Reich. Grabnauer (Sachsen) schließt sich ihm an und nennt die Nationalversammlung eine Schicksalsfrage. Volksbeauftragter Haase hält die Schwierigkeiten der Wahl doch für größer und bittet, die einzelnen Nationalversammlungen in den Bundesstaaten zurückstellen. Staatssekretär Schiffer entwickelt in der nun folgenden wirtschaftlichen Rede ein

Finanzprogramm der Zukunft.

in dem schärfste Bekämpfung der Steuern, Großkriegsgewinnsteuer, Besteuerung des Mehreinkommens und Vermögens, abgeben enthalten sind. Nachdem die oben mitgeteilten Beschlüsse gefaßt sind, spricht Ebert das Schlusswort, in dem er sagt: „Wenn die deutsche Republik leben soll, so bedarf sie der Arbeit, Sozialismus ist Arbeit.“ Er appelliert an die Arbeiter und Soldaten, damit die deutsche Arbeiterkraft der Welt zeige, daß 10 Jahre der Erziehung zur Selbsttätigkeit durch die Sozialdemokratie nicht verloren gewesen seien. Die Berichte der heutigen Sitzung machen es allen zur Pflicht, für die neue Republik die staatsrechtliche Festlegung in der Nationalversammlung zu schaffen.

Die kommende Wahl.

Die Entscheidung für die baldmögliche Einberufung der konstituierenden Versammlung erfolgte fast einstimmig, nur der Delegierte von Gotha stimmte gegen die sofortige Einberufung, der Delegierte von Braunschweig überhaupt gegen die Nationalversammlung. Eisner mußte an seine Zustimmung das Verlangen auf Beachtung seiner Vorschläge.

Der Volksbeauftragte Ebert verteidigte noch die beiden angegriffenen Staatssekretäre Solz und Erberger. Dr. Solz sei als einziger Staatssekretär von Kriegsbeginn an für einen Verständigungsfrieden gewesen. Und ohne die Tag und Nacht während Arbeit des Staatssekretärs Erberger hätte die Waffenstillstandskommission ihre Befehle nicht durchführen können.

Aus den Ausführungen des Volksbeauftragten Haase sind noch zu erwähnen seine Bemerkungen über die Rede des Vorsitzenden des Volksrates Richard Müller im Reichs-Rath. Wenn Müller erklärt habe: „Nur über seine Leiche gehe der Weg zur Nationalversammlung“, so habe er damit nur vor einer Überführung warnen wollen.

Bereits Dienstag vormittag beschäftigte sich ein Kabinettsrat der Volksbeauftragten mit dem Reichswahlgesetz, ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt, doch soll der erste, von Scheidemann stammende Entwurf abgelehnt worden sein.

Einspruch gegen Eisners Enthüllungen

Protest des Auswärtigen Amtes.

Die von der Münchener Regierung nach der Ankündigung ihres Präsidenten Kurt Eisner erfolgten Veröffentlichungen über die Entdeckung des Krieges haben einen Protest des Auswärtigen Amtes in Berlin veranlaßt. Er lautet:

„Das Auswärtige Amt hat gegen die Veröffentlichung der Münchener Regierung über die Vorgeschichte des Krieges protestiert. Sie muß nach Ansicht des Auswärtigen Amtes gerade jetzt wie ein schwerer Schlag für unsere politische Arbeit wirken. Unseren Feinden und Verhandlungsgegnern gibt sie eine Waffe in die Hand, die diese zu benutzen wissen werden. Die Veröffentlichung steht im Zusammenhang damit, daß der jetzige Vertreter Bayerns in Bern seiner Regierung auf Veranlassung eines Mittelmannes Clemenceaus angeraten hat, Mittelungen über die Vorgeschichte des Krieges zu veröffentlichen, weil ein Ver-

kenntnis Deutschlands zur Schuld am Kriege dazu dienen würde, den Frieden schneller herbeizuführen. Nach unserer Auffassung unterliegt es keinem Zweifel, daß es Herrn Clemenceau nur darauf ankommt, daß er uns ins Unrecht zu setzen. In den schweren Irrtum, daß Clemenceau ein Mann wäre, der sich zur Milderung der Schuld an Krieges von Deutschland auf sich genommen würde, können nur Leute verfallen, die sich von dem Charakter des französischen Ministerpräsidenten ein falsches Bild machen. Die Äußerungen des Staatssekretärs Dr. Solf vom Unterstaatssekretär Dr. David hinsichtlich der dem Kriegsausbruch vorausgegangenen diplomatischen Aktionen geprüft werden.

Der Stand unseres Rückmarsches.

Französische Übergriffe.
Die Hauptmassen des Wehrheeres überschritten in vollem Fluß den Rhein. Um jede Störung zu vermeiden, und Befehlsbrüchen geschlagen worden, so unterhalb Düsseldorf, eine andere bei Bonn, eine weitere bei Ehrenbreitstein und eine bei Coblenz über die Pfalz, demselben Weg, den Blücher in der Neujahrnacht 1814 in anderer Richtung gemacht hat.

Inden und Afrikaner in der Pfalz.
Die Franzosen sind allen Abmachungen entgegen in die südliche Pfalz eingerückt. In die Westpfalz marschierten indische und afrikanische Truppen englischer und französischer Nationalität ein. Wegen dies vorzeitige Einrückung in die Pfalz ist von der Waffenstillstandskommission Verwahrung eingelegt worden. Auch eine weitere Eigenmächtigkeit Frankreichs fordert unseren Protest heraus:

Span, 28. Nov. Die Waffenstillstandskommission hat energischen Einspruch gegen die von Frankreich angeordnete völlige Abschließung Eisen-Vorbringen gegen das übrige Deutschland erhoben, die zu den größten Unzulänglichkeiten führt.

Deutscherseits wird u. a. gefordert: Die sofortige Wiederherstellung des Personen- und Güterverkehrs auf der Eisenbahn, des Postbetriebes einschließlich Telegramm- und Fernsprecher, des geregelten gegenseitigen Bankverkehrs usw. Namentlich die Sperzung des Postverkehrs hat schon zu großen Störungen bei der Lohnzahlung in Eisen-Vorbringen geführt.

Die Besetzung der Brückenköpfe.
Aber die Besetzung des Rheingebietes und der Brückenköpfe hat sich die Entente folgendermaßen geeinigt: Köln und seinen Brückenkopf werden Amerikaner besetzen, Koblenz und den Brückenkopf werden die Engländer erhalten und Mainz wird von den Franzosen besetzt. Die Italiener werden wahrscheinlich in der Pfalz oder aber im westlichen Rheinland in der Eifel untergebracht werden. In der neutralen Zone dürfen nur Vorposten bleiben, über deren Höhe sich die Entente die Entschiedenheit vorbehalten hat. Alle anderen Truppen und Soldaten müssen aus der neutralen Zone zurückgezogen werden.

Die britischen Gefangenen in Deutschland.
Der englische Vertreter in Spa hat eine sehr scharfsinnige Erklärung seiner Regierung überreicht, wonach diese keinerlei Entschuldigung für die traurige Lage der britischen Kriegsgefangenen in Deutschland annehmen gedenkt, insbesondere könnte sie auch nicht die Verurteilung auf die inneren Schwierigkeiten Deutschlands als eine solche Entschuldigung gelten lassen. Die verantwortlichen Personen würden zur Rechenschaft gezogen und die Bedingungen des Waffenstillstandes eventuell mit Gewalt durchgesetzt werden.

Internierung der Armee Mackensen?
Nach Meldungen aus Ungarn verlangt der französische General Franchet d'Esperey die Entwaffnung und Internierung der Armee Mackensen, weil die Frist vom 19. November, die für Ungarn festgesetzt war, überschritten sei. Feldmarschall Mackensen hält aber an dem Stand-

punkt fest, daß auch für seine Truppen der Waffenstillstand zwischen Deutschland und der Entente maßgebend sei. Die schwierige Lage der ungarischen Regierung besteht darin, daß sie einerseits dem französischen Druck ausgesetzt ist, andererseits das Kohlenabkommen mit Deutschland gefährdet sieht, das eine Lebensfrage für Ungarn ist. Man nimmt an, daß es sich um einen Schachzug Frankreichs handelt, der in einer Weigerung Mackensens einen Vorwand für die Erneuerung des Krieges mit Deutschland erblickt. Einweilen ist die Forderung des französischen Marschalls nach Berlin weitergegeben worden.

Verschiedene Meldungen.

London, 28. Nov. Hier gibt man die Zahl der verlassenen englischen Schiffe während des deutschen Unterseebootkrieges auf durchschnittlich pro Monat 120 000 Tonnas an. Die englischen Seestreitkräfte verlor oder zerstörte 66 deutsche Unterseeboote im gleichen Zeitabschnitt.

Sébastopol, 28. Nov. Hier ist ein englisches Torpedoboot eingetroffen, dem die englische Flotte folgte. Kiew, Odessa und Charkow werden von der Entente besetzt.

Kiew, 28. Nov. Die Entente hat den deutschen Geschichtsträger in Kiew wissen lassen, daß sie die Aufrechterhaltung der durch den Duma geschaffenen Staatsordnung wünsche und die deutschen Truppen für verpfändlich erachte, die Ordnung und Ruhe im Lande aufrechtzuerhalten.

Kiew, 28. Nov. In der ganzen Ukraine herrscht Ruhe, so daß man wegen der dortigen deutschen Truppen unbesorgt sein darf.

Holland soll Wilhelm II. ausliefern.

Gemeinsames Vorgehen der Entente.

London, 28. November.
Das Kenter-Bureau meldet, daß die von der französischen Regierung befragten Rechtsachverständigen nach einer Untersuchung der Angelegenheit erklärt haben, daß es die Pflicht Hollands sei, die Auslieferung des früheren Deutschen Kaisers zu befehlen und daß der Kaiser, da er keine offizielle Erklärung über seine Thronabandonnung abgegeben hat, und da er nicht das Recht hat, als Privatperson betrachtet zu werden, auch keine Ansprüche auf eine Zuflucht in Holland geltend machen kann. Die Alliierten erwägen ein gemeinsames Vorgehen, um die Auslieferung des Kaisers zu fordern.

Auch eine Reihe englischer Staatsmänner, darunter der Minister von Neuseeland, Wellington, besaßen sich mit der Stellung und dem Schicksal Wilhelms II. und forderb ausnahmslos in energischen Formen die Auslieferung Wilhelms und die richterliche Untersuchung seiner Schuld am Völkervertrage.

Zeit- und Streiffragen.

Stimmen aus allen Parteien.

Der umstrittene Staatssekretär Dr. Solf.

Nach dem Verlauf der Besprechungen der Vertreter der einzelnen Bundesstaaten, die Montag ihren Abschluß fanden, räumt die Freiheit, das Organ der Unabhängigen, damit, daß der Staatssekretär Solf, dessen Haltung die schärfste Kritik der Verammelten herausforderte, in der allerersten Zeit seinen Abschied einreichen wird. Dagegen läßt man aus dem Auswärtigen Amt, die Befragung, Dr. Solf trage sich mit Rückzugsgedanken treffe nicht zu. Die Meinungsverschiedenheiten seien nicht so tief gewesen, um einen solchen Schritt zu veranlassen.

Wo soll die Nationalversammlung tagen?

Von der bayerischen Regierung, deren Anschauungen in letzter Zeit so stark in den Vordergrund traten, wird der Germania zufolge darauf hingeworfen, daß die Nationalversammlung nicht in Berlin zusammentritt, sondern in einer Stadt in der Provinz, wo nach Ruhe und Ordnung gesichert sind. Dabei wurden Weimar und Bamberg genannt. Von anderer Seite wird lebhafter Stimmung für Frankfurt a. M. gemacht, wobei die Erinnerungen an die Deutsche Nationalversammlung von 1848 in der Paulskirche nicht ohne Einfluß sind.

Vier oder zehn deutsche Republiken.

Die Londoner „Daily News“ berichten über eine Unterredung, die der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner einem ihrer Mitarbeiter vor seiner Abreise nach Berlin zur Reichskonferenz gewährte. Eisner erklärte, er sei persönlich ein Vertreter der Ansicht, daß vier deutsche Republiken gegründet werden müssen. Der Süden muß ein Gegengewicht gegen Berlin und den Norden bilden. Die Bildung von vier deutschen Republiken mit gleichen Rechten würde das Gleichgewicht wiederherstellen. Es würden auf der einen Seite stehen: die Republiken Bayern, Deutsch-Ostpreußen und die vereinigten Staaten von Baden, Württemberg und Hessen auf der anderen Seite Preußen. Eisner soll in der gleichen

Unerwartet am nächsten Unterredung auch von drei preussischen Einzelrepubliken und von insgesamt zehn deutschen Republiken gesprochen haben.

Beihmann Hollweg will sich rechtfertigen.

Nach einer Mitteilung der Kreuzzeitung beabsichtigt der frühere Reichskanzler Herr v. Beihmann Hollweg eine Rechtfertigung seiner Politik zu schreiben. Nach dem genannten Blatte waren Beihmann Hollweg und der frühere Staatssekretär v. Jagow am 2. November d. J. in Reichskanzlerhaus und beschäftigten sich mit der Sichtung des Materials.

Kohlennot und Streiks.

Bergarbeiterstreik. — Folgen des Kohlenmangels. Große Arbeitseinstellungen in Berlin.

Berlin, 28. November.

Aus Raibor und Hindenburg wird berichtet, daß die Bergarbeiterstreik in Oberschlesien größtenteils beendet seien. Im Auslande befinden sich noch die Belegschaften der Delbrück-Schächte bei Ratibor und des Ludwigslud-Grube bei Wittfisch sowie der Anruwer-Grube; die Einigungsverhandlungen werden jedoch auf diesen Gruben fortgesetzt.

Die polnischen Bergleute verlangten, daß der Tageslohn von 25 Mark, der sich bisher auf den Neuntagestag bezog, nunmehr für sechs Stunden bezahlt werde. Es hat sich aber gezeigt, daß es sich diesen Grubenarbeitern nicht nur um die Erhöhung der Bezahlung handelt, sondern es dreht sich in Oberschlesien um politische Motive, um eine von den Polen (auch von der polnischen Aristokratie) ausgehende Agitation gegen die Arbeit in den deutschen Zechen. Verschärft wird die Lage dadurch, daß die Gefangenen, die der Ententearmee entkommen, den Verträgen gemäß unverzüglich entlassen werden müssen; aber auch die russischen Arbeiter, die frei erklärt worden waren, verlangten die Heimbeförderung.

In Rheinland und Westfalen haben die Streiks der Bergarbeiter bedeutend an Umfang zugenommen. Die Bergarbeiter betragen gegenwärtig 10 000—11 000 Waggons gegen eine normale Bergarbeiter von 24 000 Waggons im Kriege und 32 000 Waggons im Frieden.

In Berlin haben die Verhandlungen der Kohlenstelle Groß-Berlin mit den Vertretern des Ministeriums des Innern, des Kriegsministeriums, des Reichsanwalts, der Kommunen, sowie der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die erforderlichen Einschränkungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Groß-Berliner Gas- und Elektrizitätsversorgung noch nicht zu endgültigen Entscheidungen geführt. Als weitere schonendste Maßnahmen für die Bevölkerung sollen dem Kohlenverband die Verkürzung der Voltzeit auf 10 1/2 Uhr, die Öffnung der Latengeschäfte mit Ausnahme der Lebensmittel- und Kohlehandlungen) nicht vor 9 Uhr vormittags und deren Schluß um 5 Uhr nachmittags empfohlen werden. Ferner kommen die Einschränkung der Straßenbeleuchtung und der „Luzusbeleuchtung“ in den Privatwohnungen, Restaurants und Vergnügungsorten in Betracht. Wegen die Gassterrstunden machte sich eine starke Opposition bemerkbar, da diese Maßregel unter Umständen die Volkswirtschaften und andere wichtige Betriebe gefährden kann. Von einer Einschränkung des nächtlichen Straßen- und Hochbahnbetriebes wird im Interesse der Nachtarbeiter auf allen Gebieten abgesehen. Geplant ist ferner, den Unterricht in den Schulen erst um 8 1/2 Uhr vormittags beginnen zu lassen.

Wie der Vorsitzende des Vollzugsrats des AER in einer Sitzung vom 25. November bekanntgab, sind große Arbeitseinstellungen in Groß-Berlin eingetreten und weiter zu erwarten. Der Grund ist in den wachsenden Gegensätzen zwischen den Unternehmern und den Arbeitern zu suchen. Die in Frage kommenden Unternehmer haben ihre in den ersten Tagen der Revolution gemachten Zugeständnisse zum großen Teil zurückgezogen. Der Umwandlung der Afford- in Lohnarbeit und der Verkürzung der Arbeitszeit wird der größte Widerstand entgegengekehrt. Die Arbeiterschaft der Daimler-Motoren-Gesellschaft in Berlin-Mariensfelde befindet sich seit vier Tagen im Streik. Mit den Arbeitern — etwa 2000 — haben auch die Beamten der Gesellschaft ihre Tätigkeit niedergelegt, so daß der gesamte Betrieb stillliegt. Die Arbeiter verlangen Abschaffung der Affordlöhne, an deren Stelle angemessene Tageslöhne treten soll. Die Angeestellten fordern dementsprechende Revision ihrer Gehälter. Bei der Firma Siemens u. Halske in Berlin sind ähnliche Arbeiterbewegungen im Gange. Die Arbeiterschaft zahlreicher Berliner Großbetriebe dürfte diesem Beispiel vermutlich in den nächsten Tagen folgen.

Liselottes Heirat.

22] Roman von H. Courths-Mahler.

Wie hatte zu Wort aufgetreten wie zu einem Gott. Er war ihr als das Ideal männlicher Tugenden erschienen, und sie hatte ihm alles Große und Schöne angetraut. Nun hatte sie ihn als Menschen von niedriger Bestimmung erkannt, und diese Erkenntnis hatte sie elend gemacht. Manchmal suchte sie angstvoll nach Entschuldigungsgründen für ihn. Sie sagte sich dann, daß er doch auch nur ein Mensch war, daß er durch den Verlust Gernrodes dahin gebracht worden war, verlangend die Hände nach Schönburg auszustrecken. Und sie hatte es ihm so leicht gemacht, so schmachvoll leicht. War es ihm da so sehr zu verargen, daß er zugegriffen hatte? Aber daß er sie mit Sibylle betrog, sie und Sibylles Gatten, darüber kam sie nicht hinweg. Sie dachte manchmal voll Mitleid an Römer. Er mußte nicht einmal, daß er betrogen wurde. Ihr hatte Sibylle wenigstens die Augen geöffnet, daß sie nicht in törichter Liebesseligkeit weitertraumelte. Daß diese es nicht getan hatte, um ihre Ehre zu ersparen, leuchtete ihr ein. Es war nichts als Eifersucht gewesen, die sie getrieben hatte, ihr alles zu enthüllen. Soviel verstand sie doch in der Seele dieser Frau zu lesen, um zu begreifen, daß es nicht Mitleid und Barmherzigkeit mit ihr war, die ihr den Mund öffnete. Wie sehr mußte sie Wolf lieben, daß sie sich nicht scheute, ihre Ehre in Liselottes Hand zu geben. Aber warum war sie ihm dann nicht treu geblieben? War es nicht tausendmal besser, mit einem geliebten Mann in Armut und Dürftigkeit zu leben, als mit einem ungeliebten in Glanz und Reichtum? Liselotte fand sich nicht mehr zurecht mit den Menschen, sie hatte zu plötzlich einen Blick tun müssen in Leid und Schuld. Die rosige Welle hatte ihr die gefäßige Frau von den Augen gerissen, nun war sie gelblich und sah nichts als graue, düstere Schatten.

Sie schreckte zusammen vor Angst und Herzleid, und es war ihr keine Genugtuung mehr, daß sie Wolf mit diesen Worten beimgehabt hatte, was er ihr angetan

wenn es aus dem Hause ging, das Wehr über der Schulter, für die Jagd gerüstet, dann stand sie herzlosend verflohen am Fenster und sah ihm mit brennenden Augen nach. Ihr weiblicher Stolz blühte sich auf, und glühende Eifersucht marterte ihr Herz, wenn sie sich ausmalte, daß er jetzt ging, um an verschwiegener Stelle mit Sibylle zusammenzutreffen. Ob er sie wohl küßte und sie mit dem kühnen, zärtlichen Ausdruck ansah, der einst ihre Seligkeit gewesen war?

Da sie, so lange er draußen war, wie vom Fieber befallen. Dem ernen weiten Schloß umher und fand nicht Ruhe und Rast, bis er wieder heimkam. Dann eilte sie jagen auf ihre Zimmer und schloß sich ein, um erschlöpft, voll Elend und Jammer, zusammenzusinken und mit sich selbst zu hadern, daß sie nicht instande war, diese Liebe aus ihrem Herzen zu reißen. Sie kostete das Martyrium des betrogenen Weibes gründlich durch und hatte so gar keine Ahnung, wie grundlos sie sich aufregte und grämte. Sie litt namenlose Qualen — Wolf wäre erschrocken, hätte er geahnt, wie martervoll sein geliebtes Weib ihre Tage verbrachte. Er sah ja nur die kalte, trostlose Miene, den eisigen Stolz und die herbe Abwehr. Was darunter verborgen lag, wußte kein Mensch, denn Liselotte vertraute sich keinem an.

Auch zu ihrem Vormund konnte sie kein Herz mehr fassen, auch in ihr kindliches Verhältnis zu ihm war ein fremder Ton gekommen. Hatte er keine Ahnung davon gehabt, wie schändlich sie betrogen worden war, oder hatte er es gebilligt? Sollte er nicht um Wolfs Beziehungen zu Sibylle gekümmert haben? Und wenn er es gewußt hatte, wie konnte er dann seine Einwilligung geben zu ihrer Verbindung? War es dann nicht auch unehrlich von ihm, sie nicht aufzuklären?

Es tat ihr sehr weh, daß sie auch das Vertrauen zu ihm verloren hatte. So einsam, so grenzenlos einsam, und verlassen kam sie sich vor — sie hätte sich hinlegen mögen, um zu sterben, dann wäre ihr wohlher gewesen. — Und Fritz Gernrode sah, wie seine kleine Liselotte sich jagen von ihm zurückzog. Er las in ihren Augen den Zweifel an ihm und aller Welt. Eine ehrliche Mut auf Sibylle packte

ihn, er hatte ihr gar zu gern ihre Verworfenheit ins Gesicht schreiben mögen.

Doch er stand machtlos zwischen den beiden geliebten jungen Menschen und mußte zusehen, wie sie sich quälten. Es war ein Jammer. Lange konnte er das nicht mehr mit ansehen, dann fuhr er dazwischen, gleichviel, was daraus entsand. Alles war besser, als dieser unnatürliche Zustand. Wenn er dann wieder ruhiger wurde, sagte er sich, daß der liebe Herrgott schon wissen würde, warum er das Hindernis zwischen den beiden aufgerichtet hatte. Liselotte konnte es nur von außen sein, wenn sie das Leben auch einmal hart anfaßte. Es würde ihren Charakter reifen und den verwöhnten Glückerlind die Erkenntnis bringen, daß Glanz und Reichtum nicht vor jedem Leid zu schützen vermögen. Aber Wolf tat ihm leid. Er hatte bisher das Leben nur von der Schattenseite kennengelernt. Ihm war es zu gönnen, daß ihm nun endlich der volle Sonnenschein des Glückes leuchtete. Aber auch ihm konnte es nur zum Vorteil gereichen, wenn seine Frau vernünftig wurde und für ihren Trost eine Lehre bekam.

Sibylle von Römer lag in ihrem Boudoir auf dem Divan und spielte lässig mit ihrem Schoßhündchen. Sie trug ein weiches weißes Gewand, welches lose von den Schultern herabfiel und in malerischen Falten die Gestalt umgab. Von dem einen Arm, auf den sie den Kopf gelehrt hatte, fiel der weite Ärmel zurück und ließ ihn bis zum Ellbogen frei.

Die tiefroten Vorhänge vor den Fenstern waren zugezogen, um der tiefstehenden Winter Sonne den Einfluß zu verwehren. Sie warf ihr Licht nur gedämpft im rosigen Schein durch die schweren Stoffe. Sibylle liebte die magische Beleuchtung. Wenn sie stundenlang müßig auf dem Divan lag, störte sie helles Licht in ihrem Behagen. Sibylle lag in Gernrode jetzt auf der Lauer, wie die Raube, der die Maus in die Fänge gehen soll. Sie glaubte von Tag zu Tag, Wolf würde kommen — und wenn auch nur, um ihr Vorwürfe zu machen wegen ihres Verhaltens Liselotte gegenüber. Nur kommen sollte er, damit würde sich das weitere schon finden.

Deutschlands Lebensmittelversorgung.

Amsterdam, 26. November.

"Daily News" melden, die Entente bereite die Lebensmittelversorgung Deutschlands vor. Die Einzelheiten seien einer besonderen Kommission in Paris übertragen. An die Versorgung seien aber Bedingungen geknüpft. Die Verteilung soll nach Bezirken erfolgen, und zwar nach dem jeweiligen Bedarf der verschiedenen Gebiete. Die Entente sei genau unterrichtet über die Lage der Dinge und könne beurteilen, was am dringlichsten in Betracht komme. Zuerst werde man Getreide senden, dann Fleisch und Fett, aber in geringerer Quantität als Getreide. Deutschland werde an dritter Stelle verlorget werden, zuerst würden die verbündeten Länder berücksichtigt, dann die Neutralen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Über das Ziel der französischen Politik gegen Deutschland scheidet allmählich verschiedenes durch. Danach wünscht man in Frankreich die Verlegung des Schwerpunkt der deutschen Politik nach Süden, weshalb man dem Anschluß Deutsch-Osterreichs erst nach der Errichtung eines selbständigen Süddeutschlands und nur an dieses zustimmen will.

Ein Staatsmonopol für alle Schulbücher will der preussische Kultusminister Adolf Hoffmann einführen. Diese Bücher sollen unter Aufsicht des privaten Verlagsbuchhandels und der privaten Buchhandlungen von Staats wegen verlegt und gedruckt werden.

Das Reichs-Wahlgesetz.

Berlin, 26. November. Am Dienstag vormittag fand eine Sitzung der Regierung unter Leitung der Staatssekretäre statt, in der das Reichs-Wahlgesetz für die konstituierende Nationalversammlung, das bereits im Entwurf vorliegt, durchberaten wurde. Das Gesetz soll mit größtmöglicher Eile verabschiedet werden.

Vertreter der Feinde kommen nach Berlin.

Berlin, 26. November. In der Sitzung der Waffenstillstandskommission vom 24. November teilte der gegnerische Vorsitzende Nubant mit, daß General Foch die Räumung des linksrheinischen Brückenkopfes Schönan befohlen habe. Im weiteren Verlaufe protestierte General v. Winterfeldt gegen die vertragswidrige Befehlsgebung von Orten in der Pfalz am 23. November. Dabei seien deutsche Soldaten auf Pfälzer Boden gefangen genommen worden, während nach Artikel 5 der Waffenstillstandsbedingungen die Gefangennahme auf dem linksrheinischen Ufer nicht zulässig sei. Er wies ferner darauf hin, daß General Foch am 16. November zugestimmt habe, daß Offiziere und Mannschaften, die früher auf linksrheinischem Gebiete wohnten, dorthin zurückkehren dürften. Kürzlich entlassene Soldaten seien aber wegen des herrschenden Kleidermangels in Deutschland nicht imstande, sich Zivilkleider zu verschaffen. General Nubant bezieht sich die Antwort darauf vor, machte aber Vorbehalte zugleich wegen Soldaten in Uniform, die sich auf dem linksrheinischen Gebiete als demobilisiert bezeichnen würden.

Zur raschen Regelung der Gefangenfrage lud darauf General v. Winterfeldt die Vertreter des Verbandes zu einer Besprechung nach Berlin ein. Nubant nahm die Einladung an. Vertreter Englands, Frankreichs und Amerikas werden daraufhin in Berlin in einigen Tagen eintreffen.

Der englische General Hating übergab im Auftrage der englischen Regierung eine scharfe Erklärung, wonach er Entschuldigungen für die traurige Lage britischer Gefangener in Deutschland besonders unter dem Hinweis auf die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands absolut ablehnt. Für unendliche Leiden wird voller Erfolg gefordert, und ebenso werden die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden. Die Bestimmungen des Waffenstillstandes würden eventuell mit Gewalt durchgeführt werden.

Amerika.

Admiral Taylor machte über die Seerüstung der Union im Marineausbau interessante Mitteilungen. Er erklärte, daß im Juli 1920 die amerikanische Marine mehr als zweimal so viel Schiffe haben werde, als bei Beginn des Krieges. Der Hauptteil des Zuwachses werde auf Zerstörer entfallen. Für 100 Zerstörer seien jetzt die Aufträge vergeben und 240 würden während der nächsten 18 Monate gebaut werden. Der neue Dreadnought "Ohio" werde in ungefähr zwei Monaten in Auftrag gegeben werden. Andere, wie die "Tennessee" und "California", seien jetzt im Bau. Zwei andere würden im Sommer 1920 fertig sein. Das Programm verlange auch 20 Unterseeboote.

Neueste Meldungen.

Zusammenstöße wegen der Bahnen in Kassel.

Kassel, 26. Nov. Der Zentral-USA warnt in einem Aufruf angesichts unliebsamer Vorgänge vor Beleidigungen der roten Fahne, die unmaßstäblich gehandelt werden müßten. In den Aufruf wird berichtet, daß drei Offiziere von einem Leinwandwagen heute früh zwei rote Fahnen herabstießen, um sie zu vernichten. Einer der Offiziere, Leutnant Krüger, schloß auf herbeieilende Wachmannschaften, worauf er selbst tödlich verletzt wurde. Ein Wirtmeister Kroska und der dritte Offizier wurden verhaftet.

Der Reichstag besteht nicht mehr!

Berlin, 26. Nov. Die von anderer Seite veröffentlichte Mitteilung, daß die Reichsregierung den Reichstagspräsidenten Behrensdorf ersucht habe, sofort den Reichstag einzuberufen, entspricht nicht den Tatsachen. Die Regierung vertritt vielmehr den Standpunkt, daß der Reichstag als gesetzgebende Körperschaft nicht mehr besteht.

Heeresgruppe Radensien gegen Volksewidmung.

Berlin, 26. Nov. Dem Oberkommando Scholtz ging ein Rundschreiben an den Soldatenrat Berlin hier ein, der meldet, daß sich aus den einzelnen Truppenkörpern der Armee Radensien ein Zentral-Soldatenrat für die Südost-Front gebildet habe. Die Soldatenräte der Armee Radensien stehen auf dem Boden der neuen Regierung, verurteilen aber jede radikale Bewegung für bolschewistische Ideen. — Bei der Heeresgruppe Radensien befinden sich auch die Truppen der 11. Armee und die aus der Türkei heimkehrenden Soldaten einschließlich der 15. Landwehr-Division.

Die Räumung Kaschens.

Köln, 26. Nov. Wie nach der Kölnischen Volkszeitung von zuständiger Seite mitgeteilt wird, werden die letzten deutschen Truppen morgen Kaschen verlassen. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung bleiben bis zum letzten Augenblicke die sämtlichen Waffen mit den nötigen Munition in Bereitschaft. Unterdessen waldt sich der ungeheure Strom der zurückkehrenden Truppen durch die rheinischen Städte und die Eisenbahnen, überall musterhafte Ordnung bewahrend.

Gefechte zwischen Deutschen und Rumänen.

Budapest, 26. Nov. Die rumänische Armee wird die 26. Komitete, auf die Rumänen Anspruch zu haben erklärt, mit Zustimmung der Entente besetzen. Der Vormarsch hat bereits begonnen. Er stößt jedoch auf Schwierigkeiten, da die Radensien-Armee mit 18 000 Mann die vordringenden Rumänen aufhält. Es haben bereits Gefechte zwischen rumänischen und deutschen Truppen stattgefunden. Französische Angriffe gegen Foch.

Genf, 26. Nov. In Frankreich werden heftige Angriffe gegen Marschall Foch laut, weil er die Frage der Demobilisierung nicht lösen könne und die Angelegenheit durch allerlei Vorwände verdränge.

General Vershing amerikanischer Präsidentschaftskandidat. Columbus (Ohio), 26. Nov. In Ohio wurde amilich der Wahlkampf für die Wahl des General Vershing, des kommandierenden Generals der Armee in Europa, zum Präsidentsenden der Vereinigten Staaten für das Jahr 1920 eröffnet.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Der Zweck der Berliner Reise Kurt Eisners.

Genf, 27. November. (tu.) Der „Petit Parisien“ läßt sich von seinem nach München entsandten Sonderberichterstatter melden, Kurt Eisner sei nach Berlin abgereist, um zu verlangen, daß nicht nur Sold und alle Beamten des alten Regimes entfernt werden, sondern daß alle Persönlichkeiten, die nach dem im bayerischen Ministerium des Äußern vorgefundenen Geheimdokumenten für den Krieg verantwortlich seien, vor ein Staatsgericht gestellt werden.

Die Heimbeförderung unserer Truppen aus der Ukraine.

Kiew, 27. November. (tu.) Der deutsche Soldatenrat beschloß in einer Sitzung, daß der Eisenbahnerverein in der ganzen Ukraine zur Heimbeförderung der deutschen Truppen sofort in normalem Umfang wieder aufgenommen wird.

Einladung Deutschlands an Wilson?

Berlin 27. November. (tu.) Wie der „Lok. Anz.“ hört, wird von einflussreichen Kreisen auf die Regierung dahin eingewirkt, daß von deutscher Seite eine Einladung an den Präsidenten Wilson gerichtet werden möge, nach Deutschland zu kommen oder einige deutsche Häfen zu besuchen, falls er sich zur Friedenskonferenz nach Europa begeben sollte.

Nah und Fern.

Der Friedens-Nobel-Preis. Nach Mitteilungen aus Christiania wird die Entscheidung über die Zuerkennung des Friedensnobelpreises am 4. Dezember erfolgen. In der norwegischen Presse wird als der wahrscheinliche Träger des Preises Wilson bezeichnet, doch konnte, wie von anderer Seite behauptet wird, auch Bruns War von Baden in Betracht kommen.

Mit Rücksicht auf die Lage der Kartoffel- und Getreideversorgung hat der Staatssekretär des Reichsernährungsamts die Bundesregierungen ersucht, anzuordnen, daß die Quaschichtungen bis zum 31. Dezember 1918 beendet sein müssen, und nur in besonderen Ausnahmefällen eine Verlängerung des Termins anzulassen. Die nach dem 1. Januar 1919 noch in den Beständen ohne Genehmigung befindlichen schlachtfähigen Schweine sind, abgesehen von den Buchschweinen, auf deren Erhaltung mit allen Mitteln hinzuwirken ist, und von noch nicht abgenommenen Vertragsschweinen, möglichst ohne Verzögerung zur Erfüllung der Schlachtviehumlage heranzuziehen.

Nicht brennbares Zellulose. In Japan soll ein Chemiker, Professor Sato, ein Verfahren erfunden haben, aus der Sojabohne einen nicht brennbaren Ertrag für Zellulose herzustellen. Eine Gesellschaft mit 1 Million Dollar Kapital baut — wie „Scientific American“ berichtet — bereits eine Fabrik bei Tokio zur Herstellung dieses sogenannten „Satozell“.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir jederzeit dankbar entgegen.

Wilsdruff, am 27. November

Sparfamkeit mit Lebensmitteln nach wie vor. Die Hoffnungen, daß von den gegnerischen Mächten die dringende Notlage Deutschlands, der Mangel an Lebensmitteln, berücksichtigt werden wird, ist in den letzten Tagen einigermaßen gestiegen. Ob allerdings den Versprechungen nun auch bald Taten folgen werden, bleibt zweifelhaft. Noch besteht die Blockade, die Absperrung Deutschlands von der Lebensmittelzufuhr. Noch wissen wir nicht, in welchen Mengen und zu welcher Zeit die Entente uns Lebensmittel liefern wird, wie sich die Transportmöglichkeiten gestalten werden, auch wissen wir noch nicht, wie groß mit dem Fortgange der Demobilisierung der deutsche Bedarf an Lebensmitteln sein wird. Jedenfalls ist für die nächsten Monate eine Erleichterung noch nicht zu erwarten. Es könnte deshalb zu großen Gefahren führen, wenn sich einzelne Bevölkerungskreise im Verbrauche der Lebensmittel zu Sorglosigkeit oder Verschwendung verleiten ließen. Nach wie vor ist äußerste Sparfamkeit mit den Lebensmitteln und strengste Durchführung der Lieferpflicht wie der Rationierung notwendig, um Stadt und Land vor Hungernöten und ihren unabsehbaren Folgen zu schützen.

Von der ehemaligen sächsischen Königsfamilie wird berichtet, daß sie ihren ständigen Aufenthalt in Sybillenort in Schlesien und Rehefeld im Erzgebirge nehmen und später zeitweise in der Weinbergsvilla Wachwitz bei Dresden wohnen wird. In Dresden selbst beabsichtigt der frühere König aus gewissen Gründen sich später nicht aufzuhalten. Seine drei Söhne, Georg, der ehemalige Kronprinz, und die Prinzen Friedrich Christian und Heinrich Ernst werden wahrscheinlich schon in nächster Zeit die Universitäten Leipzig beziehen, um die teilweise durch den Krieg unterbrochenen Studien fortzusetzen und zu vollenden. Es verlautet, daß die drei Söhne des ehemaligen Königs Friedrich August

von Sachsen nach Beendigung ihrer juristischen und volkswirtschaftlichen Studien ihre Dienste dem Vaterlande zur Verfügung stellen werden. Ob aber die republikanische sächsische Regierung von diesem Anerbieten Gebrauch machen wird, dürfte noch sehr zweifelhaft sein. Der ehemalige König von Sachsen wird sich mit Landwirtschaft beschäftigen und soll beabsichtigen, in Ostpreußen ein größeres Gut zu erwerben.

Verlegung einer militärischen Dienststelle. Die Abteilung VII des Stell. Generalkommandos XII (Abt. für Beurlaubungen und Entlassungen) befindet sich vom 27. ds. Mts. ab in den Geschäftsräumen der Handelsbank, Kaiserstraße 11. Geschäftszeit durchgehend 8—6 Uhr.

Eingliederung der Frauenabteile. Auf den Sächsischen Staatsbahnen werden Frauenabteile 2. und 3. Klasse in den Personenzügen nicht mehr geführt.

Ein Gruß aus dem Osten! Beim Arbeiter- und Soldatenrat Groß-Dresden lief am Sonntag folgendes Telegramm ein: Poststation Warschau. Gebt an Zeitungen Sachsens, Thüringens usw. die Nachricht, daß bei 45. sächsischer Landwehr-Division Ruhe und Ordnung herrscht. Soldatenrat arbeitet im Einvernehmen mit Offizieren. Rückkehr voraussichtlich Januar. Drahtnachricht über dortige Zustände und Stimmung möglichst oft an Soldatenrat 45. sächsische Landwehr-Division. Vizefeldwebel Wolltrabe. Der Arbeiter- und Soldatenrat Groß-Dresden drückte zurück: In Dresden Ruhe und Ordnung unter der Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrats.

Eine sächsische Gefandtschaft in Prag. Wie verlautet, hegt die sächsische Regierung die Absicht, in Prag eine eigene Gefandtschaft zu errichten.

Schließung einer Mühle mit Bäckerei. Der Mühlen- und Bäckereibetrieb des Oskar Seewald in Semmelsberg ist durch die Amtshauptmannschaft Meissen auf Grund des § 71 der Reichsgetreideordnung geschlossen worden. Seewald hatte u. a. entgegen den Bestimmungen helles Mehl hergestellt und unter Ueberschreitung des festgesetzten Mehlhöchstpreises ohne Marken abgegeben.

Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrts-Gesellschaft. Infolge ungenügender Kohlenzufuhr sieht sich die Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrts-Gesellschaft gezwungen, die in dem Fahrplan ab 27. November d. J. vorgesehenen Fahrten zwischen Dresden—Pillnitz—Pirna teilweise einstellen zu müssen. Näheres ist aus den Fahrplänen ersichtlich.

Starker Rückgang der Lebensmittelpreise. Im holländischen Grenzgebiet sind die Preise für Lebensmittel um ein Bedeutendes gesunken. Der Preis für Butter ging von 15 Mk. auf 6 Mk. zurück. Stückseife, die früher 4,50 Mk. kostete, ist jetzt für 85 Pf. zu haben. Für Öl hat man anstatt 36 Mk. jetzt 8—9 Mk. zu zahlen. Auch die Preise für Kaffee, Tee, Margarine, Mehl, Stärke, Zucker und Eier sind gesunken.

Die Deutsche Vaterlandspartei stellt ihre Tätigkeit ein. Sie erläßt einen Aufruf, dessen Hauptsätze lauten: Der Stern, dem wir folgten, ist niedergegangen. Wir stellen daher unsere bisherige Tätigkeit ein. Die förmliche Auflösung der Partei wird zu gegebener Zeit erfolgen. Bis dahin ersuchen wir unsere Landes-, Kreis- und Ortsvereine, die öffentliche Tätigkeit einzustellen, ihre Organisationen aber zu erhalten.

Krögis. Bei der Totensonntags-Gedächtnisfeier für die im Felde Gefallenen und daheim Verstorbenen wurde von unserem Pfarrer Heydrich der Vorschlag gemacht, an jedem Hause, in welches ein Familienmitglied aus dem Felde heimkehrt, einen Willkommenkranz zugleich als Dankesgruß anzubringen. Auch in anderen Landgemeinden dürfte diese sinnige Ehrung für unsere tapferen Helden, denen wir innigsten Dank schuldig bleiben, gern Nachahmung finden.

Dresden. Das ehemalige hiesige Warenhaus Herzfeld wird als Lagersatz für 2000 Mann eingerichtet.

Dresden. Der hiesige Soldatenrat hat am Sonntagabend beschlossen, die Militärgerichte durch Standgerichte zu ersetzen, eine Amnestie für die Disziplinarvergehen zu erlassen, strenge und ungerechte Urteile zu mildern und die Offiziere bei den Truppenteilen sofort zu entlassen. All das ist über den Kopf des Kriegsministers Fleißner, des sogenannten Volksbeauftragten für Militärwesen, beschlossen worden.

Baugen. Landtagsabgeordneter Barth veranlaßt gegenwärtig an verschiedenen Orten der Lausitz Versammlungen unter Wenden, so in Hochkirch und Crostwitz, in denen zur Gründung eines selbständigen Wendenstaates aufgefordert wird.

Leipzig. Leipzig bietet ein festliches Bild. Von zahlreichen Privathäusern und den Kirchen wehen die Flaggen in den Landes-, Reichs- und Stadtfarben und grüne Kränze zeigen an vielen Häusern, wie die Herzen den heimkehrenden Truppen entgegenstehen.

Waldenburg. Jährl. Günther von Schönburg-Waldenburg hat zum Gedächtnis seines in Frankreich gefallenen Bruders Fritz Otto Viktor eine Stiftung von 100 000 Mark zugunsten bedürftiger Witwen und Waisen deutscher Krieger gestiftet.

Oberschlesien. Der Teigwarenfabrikant B. von hier hat in seinem Stallgebäude einen Wapparat angebracht, der einen Schuß abfeuert, wenn von unfundiger Hand die Tür des Stalles geöffnet wird. Nachts wurden nun die Nachbarn durch einen Schuß geweckt und als der Maurer St. zum Fenster hinaussah, bemerkte er zwei Männer nach Schneeberg zu die Flucht zu ergreifen, die den Stall Bs. erbrochen hatten, um ein Schwein und Hühner und Enten zu stehlen, durch den schießenden Apparat aber daran gehindert worden waren.

Göhrlich. Schwer heimgesucht wurde die Familie Bruno Kolbe hier durch die Grippe. Zuerst starb eine erwachsene Tochter, acht Tage später folgte ihr die Mutter im Tode nach, bald darauf verstarb auch der Vater, und nun ist auch noch eine verheiratete Tochter der Seuche zum Opfer gefallen.

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten.

Herausgeber, Verleger und Drucker: Arthur Büchse in Wilsdruff. Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberlehrer I. K. Sörner, für den Inkeratenteil: Arthur Büchse, beide in Wilsdruff.

Amtlicher Teil.

Ausführungsverordnung des Arbeitsministeriums zur Durchführung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 18. November 1918 (RStBl. S. 1305.)

- § 1. Die Gemeinden haben sofort die in § 13 genannten Fürsorgeausschüsse zu errichten.
- § 2. Es ist sofort Beschluß über die in § 9 vorgeschriebene angemessene Erhöhung des Ortslohnes nach der Zahl der Familienmitglieder zu fassen.
- § 3. Ueber die Auszahlung der Erwerbslosenfürsorge und die Kontrolle der Erwerbslosen nach § 14 der Verordnung sind, soweit erforderlich, im Einvernehmen mit den Arbeitnehmerorganisationen Anordnungen zu treffen.
- § 4. Die Unterstützungssätze sind für alle Arten von Erwerbslosenfürsorge künftig die gleichen.
- § 15 der Verordnung ist besonders zu beachten.
- § 5. Anträge auf Vorschüsse nach § 16 Abs. 2 sind dem Arbeits- und Wirtschaftsministerium einzureichen.
- § 6. Kommunalaufsichtsbehörden im Sinne von § 3 der Verordnung sind für die Städte mit rev. Städteordnung die Kreishauptmannschaften, für die Landgemeinden die Amtshauptmannschaften.

Dresden, am 18. November 1918.

648 II Na

Arbeits- und Wirtschaftsministerium.
Schwarz.

Nach der Verordnung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts vom 19. Oktober 1918 — Reichsgesetzbl. S. 1255 — bedarf der

Handel mit Gemüsesämereien

behördlicher Erlaubnis. Von dem Erlaubniszwang sind ausgenommen:

1. Personen, die ausschließlich in der eigenen Wirtschaft gezüchtete Sämereien verkaufen.
 2. Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, die Gemüsesämereien ausschließlich im Kleinverkaufe an Verbraucher absetzen, wenn der Absatz in Mengen von nicht mehr als 250 Gramm erfolgt.
Hinsichtlich des Handels mit Saatgut von Hülsenfrüchten, das zum Gemüseanbau bestimmt ist (Gemüsefaatgut) bleibt es bei den dafür geltenden Bestimmungen.
- Wer im Bezirke der Kreishauptmannschaft Dresden Handel mit Gemüsesämereien betreiben will, hat ein Gesuch bei der für den Niederlassungsort zuständigen Polizeibehörde einzureichen. Das Gesuch hat folgende Angaben zu enthalten:
1. Ob und seit wann der Gesuchsteller eine im Handelsregister eingetragene Firma besitzt.
 2. Ob und in welchen Gemüsesämereien er vor dem 1. August 1914 gehandelt hat und welche Jahresumsätze er vor dem Kriege und bisher in Gemüsesämereien erzielt hat.

3. Ob und wann ihm Erlaubnis zum Handel mit Lebens- und Futtermitteln auf Grund der Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln vom 24. Juni 1916 erteilt ist.
4. Ob und wie er im Kriege bekräftigt ist, sowie ob ein Handelsunterfangungsverfahren gegen ihn geschwebt hat.
5. Für welches Gebiet, welche Zeit und welche Sämereien die Erlaubnis erteilt werden soll. Erteilung der Erlaubnis für einen Handelsbetrieb, der sich vor dem 1. August 1914 nicht oder nicht im nachgesuchten Umfange mit dem Handel mit Sämereien beschäftigt hat, erfolgt nur ausnahmsweise. In diesem Falle hat der Gesuchsteller das volkswirtschaftliche Bedürfnis zu begründen.

Wer am 1. November 1918 bereits Handel mit Gemüsesämereien betrieben hat, darf den Handel bis zum 1. Dezember 1918 und wenn er bis zu diesem Tage einen Antrag auf Erteilung der Erlaubnis gestellt hat, bis zur Entscheidung über den Antrag ohne Erlaubnis fortführen.

Dresden, am 19. November 1918.

Der Vorsitzende

der zu Entscheidung über die Erteilung und Entziehung der Erlaubnis sowie über die Unterfangung des Handels errichteten Stelle.

Freitag den 29. November Verteilung von **Sellerie und Speisemöhren** in der neuen Schule.

1. **Sellerie.** Warenbezugschein Nr. 13 je 5 Pfund, a Pfund 45 Pfg.

Abgabe erfolgt, um Andrang zu vermeiden, nach der in der oberen linken Ecke der Warenbezugscheine aufgedruckten laufenden Nummer und zwar:

Freitag 9—11 Uhr	Nrn. 1—1000,
11—1 Uhr	Nrn. 1001—2000,
3—5 Uhr	Nrn. 2001—Ende.

Sonnabend 9—1 Uhr freier Verkauf des etwa verbleibenden Restes.

2. **Speisemöhren,** Freitag 9—1 und 3—5 Uhr, und Sonnabend 9—1 Uhr freier Verkauf. a Pfund 12 Pfg.

Wilsdruff, am 27. November 1918.

Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsabteilung.

Kesselsdorf.

Schul- und Lichtgeld-Rückstände

auf das 4. Vierteljahr 1918 sind zur Vermeidung von Weiterungen binnen 8 Tagen zu bezahlen.

Kesselsdorf, am 26. November 1918.

Der Gemeindevorstand.

Inseraten-Teil.

Gottes Hand ruht schwer auf uns!

Plötzlich und unerwartet erhielten wir die unsagbare, tieferschütternde Nachricht, daß unsere innigstgeliebte Tochter, der Sonnenschein ihrer Pflegeeltern, ihr ganzes Glück, die

Jungfrau Wella Hempel

im blühenden Alter von 22 Jahren in Carolagrün, wo sie Heilung suchte, an Lungenentzündung verschieden ist.

In tiefstem Schmerze

Die schmergeprüften Eltern und Pflegeeltern:

Paul Hempel und Familie.
Heinrich Bormann und Frau.

Kesselsdorf und Grumbach,
am 25. November 1918.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 2 Uhr vom Trauerhause in Grumbach aus statt.

Kesselsdorf. Lebensmittelverteilung in der 48. Woche.

Sonnabend den 30. November:

Kunsthonig, 125 Gramm für 20 Pfennige auf Abschnitt 2 der grünen Karten Nrn. 161 bis 280. Verkaufsstellen: Schmiedecke und Gelfert.

Kesselsdorf, am 26. November 1918.

Der Ortsauschuß.

Reste zu

Arbeitskleidung, Schürzen, Handtüchern, Vitragen usw.

Muster in Seide, Kostüm- und Schleierstoffen usw. sind wieder eingetroffen und verkauft billigst

E. Derich, Hohestr. 134 v.

Dauerbrandöfen
Spar-Kochherde

in allen Größen.

Paul Schmidt,

Dresdner-Strasse 94, Ecke
Rosenstraße,
Fernsprecher 484.

Landwirtssohn, 30 J.,
ledig, tüchtig im Fach, sucht
für 1. Januar Stellung als

Wirtschafter

auf mittlerem Gute. Gest.
Angebot: unter 705 an die
Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Druckfachen all. Art
liefert sauber und preiswert
die Buchdruckerei d. Bl.

Trauerbriefe liefert schnellstens
die Buchdruckerei ds. Blattes.



Für die herzliche Anteilnahme und den herrlichen Blumenschmuck bei dem schmerzlichen Verlust unserer lieben, kleinen

Ilse

danken wir allen herzlichst.

Wirkenhain, am 27. November 1918.

In tiefer Trauer
Die tieftrauernde Familie Junghans.

Inseraten-Schluß: 11 Uhr vorm.

Am 26. ds. Mts. verschied nach mit großer Geduld getragenen, schweren Leiden mein langjähriger Kutscher

Artur Friedrich

aus Dennmannsdorf.

Ich verliere in ihm einen meiner treuesten, fleißigsten und zuverlässigsten Arbeiter, seine Mitarbeiter einen offenen, ehrlichen und liebenswürdigen Kameraden.
Möge er sanft ruhen!

Sora bei Wilsdruff, am 17. November 1918.

P. Risse und Frau.

Die Beerdigung erfolgt nach Ueberführung Freitag nachmittag 1/2 3 Uhr auf dem Friedhof zu Sora.